

*Medea Benjamin und Nicolas J. S. Davies, die beide in den USA leben, Bücher schreiben und sich für den Frieden einsetzen, untersuchen, wie die zahlreichen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten zu Krieg und Frieden stehen.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 048/19 – 19.04.19

## **Wie stehen die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten für die Wahl im Jahr 2020 zu Krieg und Frieden?**

Von Medea Benjamin und Nicolas J. S. Davies  
truthout, 27.03.19

( <https://truthout.org/articles/heres-how-the-2020-candidates-stack-up-on-war-and-peace/> )

Fünfundvierzig Jahre nach der Verabschiedung der War Powers Resolution (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/War\\_Powers\\_Resolution](https://de.wikipedia.org/wiki/War_Powers_Resolution) ) durch den US-Kongress, die aus den im Vietnamkrieg gemachten Erfahrungen erwuchs, aber erst 1973 Gesetzeskraft erlangte, hat der Kongress jetzt erstmals versucht, unter Berufung auf diese Resolution die Beteiligung der USA am Krieg Saudi-Arabiens gegen das jemenitische Volk zu stoppen und sich damit sein von der US-Verfassung garantiertes Entscheidungsrecht über Krieg und Frieden zurückzuholen. Die USA sind aber noch nicht aus diesem Krieg ausgestiegen, und Präsident Trump hat damit gedroht, den Beschluss des Kongresses durch sein Veto blockieren zu wollen (was er mittlerweile tatsächlich getan hat, s. <https://www.nzz.ch/international/jemen-trump-stellt-sich-mit-zweiten-veto-vor-saudiarabien-ld.1476166> ). Durch die Beratung und Beschlussfassung im Kongress und die dadurch ausgelöste öffentliche Debatte konnte aber ein wichtiger erster Schritt auf dem kurvenreichen Weg zu einer weniger militaristischen US-Außenpolitik im Jemen und anderswo gemacht werden.

Die USA waren in ihrer Geschichte immer wieder in Kriege verwickelt [s. [https://original.antiwar.com/nicolas\\_davies/2018/01/03/giving-war-many-chances/](https://original.antiwar.com/nicolas_davies/2018/01/03/giving-war-many-chances/) ], aber seit den 9/11-Anschlägen führt das US-Militär nun schon fast zwei Jahrzehnte lang ununterbrochen Krieg. Viele sprechen sogar schon von einem "endlosen Krieg". Eine der grundlegenden Lehren, die wir alle daraus ziehen sollten, lautet: Es ist sehr viel leichter, Kriege anzufangen, als sie zu beenden. Während manche Leute schon anfangen, den Kriegszustand als eine Art "neue Normalität" anzusehen, ist die Mehrheit der US-Bevölkerung noch klug genug, um weniger Militärinterventionen und die Beteiligung des Kongresses an Entscheidungen über Krieg und Frieden zu fordern [s. dazu auch <https://www.prnewswire.com/news-releases/committee-for-responsible-foreign-policy-releases-research-that-shows-americans-are-ready-for-decreased-us-military-intervention-and-increased-congressional-oversight-300577145.html> ].

Auch die übrige Welt ist der Meinung, dass die USA zu viele Kriege anzetteln. Nehmen wir das Beispiel Venezuela; auch in diesem Fall besteht die Trump-Administration darauf, dass "die militärische Option auf dem Tisch bleibt". Einige Nachbarn Venezuelas wollen zwar beim Sturz der venezolanischen Regierung mit den USA kollaborieren, aber keiner bietet dafür seine eigenen Streitkräfte an [s. <https://www.pri.org/stories/2019-03-15/brazil-sides-venezuela-s-opposition-military-intervention-table-now> ].

Das Gleiche gilt auch für andere regionale Krisenherde. Der Irak weigert sich, für einen Krieg der USA, Israels und Saudi-Arabiens gegen den Iran irakisches Territorium zur Verfügung zu stellen. Die traditionellen westlichen Verbündeten der USA lehnen den einseitigen

ge Rückzug Trumps aus dem Atomabkommen mit dem Iran ab und wollen keinen Krieg, sondern eine friedliche Einigung mit dem Iran. Südkorea möchte den Friedensprozess mit Nordkorea fortsetzen, trotz der Probleme, die Trump neuerdings mit Kim Jong-un, dem Obersten Führer Nordkoreas, zu haben scheint.

Besteht denn überhaupt Hoffnung, dass wenigstens ein/e Kandidat/in aus der Riege der Demokraten, die bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 antreten wollen, Frieden schließen, die laufenden Kriege beenden und neue verhindern will? Möchte überhaupt eine/r von ihnen den Kalten Krieg und das Wettrüsten mit Russland und China stoppen? Wer will die US-Streitkräfte und das so viel Geld verschlingende Militärbudget verkleinern, wieder mehr auf Diplomatie setzen und das Völkerrecht achten?

Die Bush/Cheney-Administration hat den immer noch andauernden "langen Krieg" angefangen, und die nachfolgenden Präsidenten aus beiden Parteien haben in ihren Wahlkämpfen den Frieden versprochen. Aber weder Obama noch Trump haben ernsthaft versucht, unsere "endlosen Kriege" zu stoppen oder die explodierenden Militärausgaben zu senken.

Dass Obama zugesagt hat, den Krieg gegen den Irak beenden, und eine Richtungsänderung in der US-Politik herbeizuführen zu wollen, hat ihm den Wahlsieg und den Friedensnobelpreis [s. <https://consortiumnews.com/2009/12/11/09b.html> ], uns aber keinen Frieden gebracht. Er hat mehr Geld für das Militär ausgegeben und mehr Bomben auf mehr Länder abwerfen lassen [s. [https://original.antiwar.com/nicolas\\_davies/2017/01/18/obamas-bombing-legacy/](https://original.antiwar.com/nicolas_davies/2017/01/18/obamas-bombing-legacy/) ] als Bush und die von der CIA bestellten Drohnenangriffe verzehnfacht [s. <https://www.thebureauinvestigates.com/stories/2017-01-01/drone-wars-the-full-data> ]. Seine wichtigste "Neuerung" war die Doktrin, nur noch verdeckte Stellvertreterkriege zu führen, um die US-Verluste und den innenpolitische Widerstand gegen den Krieg zu reduzieren. Dadurch hat er aber nur die Gewaltanwendung ausgeweitet und auch Libyen, Syrien und den Jemen ins Chaos gestürzt. Obama hat den Krieg in Afghanistan, dem berühmtesten "Friedhof der Imperien", eskaliert und zum längsten in der Geschichte der USA gemacht – seit dem zwischen 1783 und 1924 geführten Krieg zur Enteignung und Unterwerfung der Indianer (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Indianerkriege> ).

Auch Trump hat die Wahl nur gewonnen, weil er Frieden versprochen und deshalb die Stimmen vieler Kriegsveteranen in den "Swing States" (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Swing\\_State](https://de.wikipedia.org/wiki/Swing_State) ) Pennsylvania, Michigan und Wisconsin bekommen hat [s. <https://twin-cities.umn.edu/news-events/u-study-link-between-communitys-rate-military-sacrifice-trump-support> ]. Seine Regierung hat Trump dann aber aus Generälen und Neokonservativen gebildet, die unsere Kriege im Irak, in Syrien, in Somalia und in Afghanistan eskaliert [s. <https://www.afcent.af.mil/Portals/82/Documents/Airpower%20summary/Airpower%20Summary%20Fixed%20-%20January%202018.pdf?ver=2018-04-07-042318-623> ] und uns auch noch in den von den Saudis angezettelten Krieg im Jemen hineingezogen haben. Trumps kriegslüsterne Berater haben dafür gesorgt, dass alle angeblichen US-Friedensbemühungen in Syrien, Afghanistan oder Korea nur Symbolcharakter haben, und sie sind gerade dabei, durch Anheizen der Konflikte mit dem Iran und mit Venezuela neue Kriege in Gang zu setzen. Trumps Mantra, "wir können keine Kriege mehr gewinnen", drängt den unheilvollen Schluss auf, dass er ständig nach einem Krieg sucht, den er glaubt "gewinnen" zu können. [s. [https://www.realclearpolitics.com/video/2016/02/09/trump\\_we\\_dont\\_win\\_wars\\_anymore\\_we\\_just\\_fight\\_like\\_vomiting\\_fight\\_fight\\_fight.html](https://www.realclearpolitics.com/video/2016/02/09/trump_we_dont_win_wars_anymore_we_just_fight_like_vomiting_fight_fight_fight.html) .]

Wir können zwar nicht versprechen, dass die demokratischen Präsidentschaftsbewerber/innen, zu ihren jetzigen Aussagen zu Krieg und Frieden stehen werden, wir können aber ihre Ansichten und – wenn möglich – ihr Abstimmungsverhalten untersuchen und ihre Chancen einschätzen, damit den Einzug ins Weiße Haus zu schaffen.

## Bernie Sanders

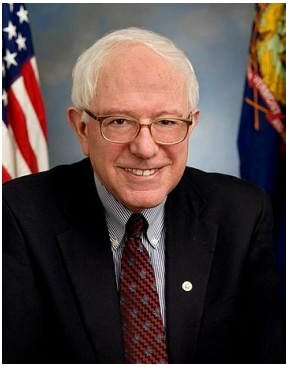


Foto: Wikipedia

Senator Sanders (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Bernie\\_Sanders](https://de.wikipedia.org/wiki/Bernie_Sanders) ) kann das positivste Abstimmungsverhalten aller Kandidaten in Bezug auf Kriegs- und Friedensprobleme vorweisen, besonders was die Militärausgaben betrifft. Seit 2013 hat er nur 3 von insgesamt 19 überhöhten Pentagon-Haushalten zugestimmt. Dieser geringen Zustimmungsrates kommt kein/e andere/r Kandidat/in nahe, auch nicht die (demokratische) Abgeordnete Tulsi Gabbard (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Tulsi\\_Gabbard](https://de.wikipedia.org/wiki/Tulsi_Gabbard) ). Bei anderen Fragen zu Krieg und Frieden votierte Sanders in den Jahren 2011 bis 2016 in 84 Prozent der Abstimmungen im Sinne der Friedensorganisation Peace Action (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Peace\\_Action](https://en.wikipedia.org/wiki/Peace_Action) ), stimmte aber, wenn es um den Iran ging, von 2011 bis 2013 öfter

mit den Kriegstreibern.

In Widerspruch zu seinem ablehnenden Abstimmungsverhalten bei Rüstungsausgaben, steht seine Zustimmung zum kostspieligsten und vermutlich verschwenderischsten Waffensystem der Welt, zu dem Milliarden verschlingenden Kampfjet F-35. Sanders hat aber nicht nur der Beschaffung der F-35 zugestimmt; gegen den Willen einer lokalen Opposition hat er sich auch für die Stationierung dieses Flugzeuges auf dem Burlington Airport der Nationalgarde von Vermont eingesetzt.

Gegen die US-Beteiligung am Krieg in Jemen hat er geradezu heldenhaft gekämpft. Unter Berufung auf die historische War Powers Resolution konnten er und die Senatoren Chris Murphy (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Chris\\_Murphy\\_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Chris_Murphy_(Politiker)) ) und Mike Lee (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Mike\\_Lee](https://de.wikipedia.org/wiki/Mike_Lee) ) im vergangenen Jahr den Senat dazu bewegen, den Ausstieg aus dem Krieg im Jemen zu beschließen. Der Abgeordnete Ro Khanna (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Ro\\_Khanna](https://de.wikipedia.org/wiki/Ro_Khanna) ), den Sanders in sein Wahlkampfteam aufgenommen hat, setzte im Repräsentantenhaus den gleichen Beschluss durch.

In seiner Kampagne um die Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2016 hat er sich vor allem für die Gesundheitsfürsorge und soziale Gerechtigkeit eingesetzt und Kritik für seine außenpolitische Zurückhaltung einstecken müssen. Mit Hillary Clinton hat er sich nur wegen ihrer Vorliebe für "Regime Changes" angelegt [s. <https://www.youtube.com/watch?v=xU-Qn6agMQrl> ], aber gezögert, sie wegen ihrer kriegstreiberischen Außenpolitik anzugreifen. Im Gegensatz dazu übt er in seiner aktuellen Wahlkampagne regelmäßig Kritik am militärisch-industriellen Komplex und bestätigt damit sein Abstimmungsverhalten.

Sanders fordert den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und Syrien und widersetzt sich einer US-Militärintervention in Venezuela. Mit seiner scharfen Kritik an ausländischen Politikern leistet er aber manchmal der Regime-Change-Politik "Schützenhilfe", die er doch angeblich ablehnt. So hat er sich zum Beispiel denen angeschlossen die den libyschen Oberst Muammar Gaddafi als "Schurken und Mörder" [s. <https://www.foxnews.com/politics/sanders-questions-war-in-libya> ] etikettierten, kurz bevor der von US-Helfershelfern ermordet wurde.

OpenSecrets (s. <https://www.opensecrets.org/> ) hat nachgewiesen, dass Sanders für seine Kampagne um die Präsidentschaftskandidatur 2016 von der "Verteidigungsindustrie" eine Spende von 366.000 Dollar, für seine Kampagne zur Wiederwahl in den Senat im Jahr 2018 aber nur noch 17.134 Dollar erhalten hat [s. <https://www.opensecrets.org/industries/recips.php?ind=D&recipdetail=P&sortorder=U&mem=N&cycle=2016> ].

Deshalb fragen wir Herrn Sanders: "Welchen Bernie würden wir im Weißen Haus erleben?" Wäre es der Bernie, der die Einsicht und den Mut hat, bei 84 Prozent der Abstimmungen im Senat, bei denen es um kriegstreiberische Vorhaben geht, mit "Nein" zu stimmen, oder der Bernie, der die Verschwendung von Steuergeldern für die Beschaffung der F-35 unterstützt und gelegentlich ausländische Politiker in den Dreck zieht? Es wäre wichtig, dass Sanders progressive außenpolitische Berater in sein Kampagnen-Team und – wenn er es den schaffen sollte – auch in seine Regierung beruft, die seine innenpolitischen Kenntnisse und Erfahrungen ergänzen.

## Tulsi Gabbard



Foto: Wikipedia

Während die meisten Kandidaten vor der Außenpolitik zurückschrecken, hat die Abgeordnete Gabbard (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Tulsi\\_Gabbard](https://de.wikipedia.org/wiki/Tulsi_Gabbard)) die Außenpolitik – und besonders die Beendigung der US-Kriege – in den Mittelpunkt ihre Kampagne gerückt.

Bei dem Bürgergespräch, zu dem der TV-Sender CNN am 10. März eingeladen hatte, war sie wirklich eindrucksvoll, denn sie hat ehrlicher über die Kriege der USA gesprochen als jeder andere Präsidentschaftsbewerber in der neueren Geschichte. Frau Gabbard hat zugesichert, sinnlose Kriege wie den im Irak, den sie selbst als Offizierin der Nationalgarde miterlebt hat, umgehend zu beenden. Sie ist uneingeschränkt gegen "Regime Change"-Interventionen der USA, gegen einen neuen Kalten Krieg und das Wettrüsten mit Russland und will dem Atomabkommen mit dem Iran wieder beitreten. Außerdem hat sie den Abgeordneten Khanna bei seinem unter Berufung auf die War Powers Resolution eingebrachten Antrag gegen den Krieg im Jemen unterstützt.

Frau Gabbards Abstimmungsverhalten bei Fragen, in denen es um Krieg oder Frieden ging, besonders bei der Bewilligung von Militärausgaben, ist aber nicht annähernd so positiv wie das von Sanders. In den vergangenen sechs Jahre hat sie in 19 von 29 Fällen für die Erhöhung der Militärausgaben gestimmt [s. <https://fas.org/spp/crs/natsec/98-756.pdf>]; insgesamt hat sie Forderungen des Militärs nur zu 51 Prozent abgelehnt [s. <http://thescore.peaceactionwest.org/votes/rep-tulsi-gabbard>]. Peace Action hat registriert, dass sie wiederholt die Beschaffung umstrittener neuer Waffensysteme mitbeschlossen hat – 2014, 2015 und 2016 die atomar bewaffneten Marschflugkörper und 2013 und 2015 einen zusätzlichen 11. Flugzeugträger. Außerdem hat sie für verschiedene Komponenten der Raketenabwehr Obamas gestimmt, die einen neuen Kalten Krieg und eine neue Runde des Wettrüstens ausgelöst haben.

Frau Gabbard hat mindestens zweimal – 2015 und 2016 – gegen die Aufhebung der 2001 beschlossenen Autorisierung zur Anwendung militärischer Gewalt [s. <https://www.congress.gov/107/plaws/publ40/PLAW-107publ40.pdf>] und dreimal gegen jede Begrenzung der Geheimfonds des Pentagons gestimmt. 2016 hat sie sogar die Senkung des Militärhaushaltes um nur 1 Prozent abgelehnt. Für ihren Wahlkampf um den Wiedereinzug in den Senat im Jahr 2018 hat sie von der Rüstungsindustrie Spenden in Höhe von 8.192 Dollar erhalten [s. unter <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00033281&cycle=2018&type=C>].

Frau Gabbard glaubt immer noch, dass Terror militärisch zu bekämpfen sei, obwohl in Studien längst nachgewiesen wurde, dass damit nur ein Teufelskreis sich ständig ausweitender beiderseitiger Gewalt in Gang gesetzt wird [s. <https://www.thenation.com/article/what-i-discovered-from-interviewing-isis-prisoners/>].

Sie dient selbst noch in der Nationalgarde und hat ihre "militärische Denkweise" noch längst nicht abgelegt. Am Ende ihres Statements in der CNN-Sendung hat sie gesagt, am wichtigsten an der Präsidentschaft sei für sie das Amt des militärischen Oberbefehlshabers. Wie Sanders muss sie sich deshalb fragen lassen: "Welche Tulse würden wir im Weißen Haus erleben?" Die Tulse mit der "militärischen Denkweise", die ihre Militärkollegen mit immer schrecklicheren Waffen ausstatten und den viel zu hohen Militärhaushalt noch nicht einmal um 1 Prozent kürzen will, oder die Kriegsveteranin, die, weil sie die Schrecken des Krieges selbst kennengelernt hat, unsere Truppen nach Hause holen und sie niemals wieder zum Töten und Getötetwerden in endlose Regime-Change-Kriege schicken wird?

## Elizabeth Warren



Foto: Wikipedia

Die Senatorin Elizabeth Warren (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Elizabeth\\_Warren](https://de.wikipedia.org/wiki/Elizabeth_Warren) ) ist bekannt dafür, die wirtschaftliche Ungleichheit in den USA und die Habgier der US-Konzerne zu kritisieren, hat sich außenpolitisch aber noch nicht hervorgetan. Der Website ihrer Kampagne ist zu entnehmen, dass sie "den aufgeblähten Verteidigungshaushalt kürzen und die Vergabe militärischer Aufgaben an private Sicherheitsfirmen einschränken" will. Wie Frau Gabbard hat sie aber mehr als zwei Drittel der "aufgeblähten Militärhaushalte", denen auch der Senat zustimmen muss, mitbeschlossen [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ].

Auf ihrer Website ist außerdem zu lesen: "Es wird Zeit, unsere Truppen nach Hause zu holen und sich wieder mehr auf die Diplomatie zu verlassen." Sie hat sich auch für einen Wiedereinstieg in das Atomabkommen mit dem Iran ausgesprochen [s. <https://www.c-span.org/video/?c4764344/warren-iran-agreement> ] und möchte ein Gesetz beschließen lassen, das der US-Regierung den Ersteinsatz von Atomwaffen untersagt und damit die Gefahr eines "Atomkrieges aus Versehen" verringert.

Ihr Abstimmungsverhalten während ihrer kurzen Zugehörigkeit zum Senat ähnelt (in Teilbereichen) dem des Senators Sanders [s. <http://thescore.peaceactionwest.org/votes/sen-elizabeth-warren> ], und sie gehört zu den fünf Senatsmitgliedern, die im März 2018 unter Berufung auf die War Powers Resolution den Antrag eingebracht haben, aus dem Krieg im Jemen auszusteigen. Für ihre Kampagne, mit der sie sich als Senatorin bewarb, hat sie von der Rüstungsindustrie Spenden in Höhe von 34.729 Dollar erhalten [weitere Infos s. unter <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00033492&cycle=2018&type=C> ].

In Bezug auf Israel tragen der Senatorin viele liberale Wähler immer noch nach, dass sie die 2.000 toten Palästinenser, die der Überfall Israels auf Gaza im Jahr 2014 forderte, der Hamas angelastet hat. Mittlerweile sieht sie Israel kritischer. Sie hat einen Gesetzentwurf abgelehnt, mit dem Boykottmaßnahmen gegen Israel kriminalisiert werden sollten, und die von der israelischen Armee angewandte tödliche Gewalt gegen friedlich demonstrierende Bewohner des Gazastreifens im Jahr 2018 verurteilt [s. <https://www.middleeasteye.net/news/elizabeth-warren-2020-where-does-progressive-senator-stand-palestine> ].

Frau Warren liegt, was die Gesundheitsfürsorge für alle und die wirtschaftliche Ungleichheit angeht, auf der gleichen Linie wie Sanders und folgt ihm auch bei der Ablehnung des Krieges im Jemen und in anderen Fragen zu Krieg oder Frieden. Dass Frau Warrens Zustimmungsrate zu den Militärausgaben 68 Prozent beträgt [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ], lässt einen Widerspruch zwischen ihrer erklärten Absicht, "den aufgebläh-

ten Verteidigungshaushalt kürzen und die Vergabe militärischer Aufgaben an private Sicherheitsfirmen einschränken" zu wollen, und ihrem tatsächlichen Verhalten erkennen.

## Kamala Harris



Foto: Wikipedia

Senatorin Kamala Harris (s. unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Kamala\\_Harris](https://de.wikipedia.org/wiki/Kamala_Harris) ) hat ihre Präsidentschaftskandidatur in einer langen Rede in ihrer Heimatstadt Oakland in Kalifornien angekündigt [s. <http://www.ktvu.com/news/transcript-kamala-harris-kicks-off-presidential-campaign-in-oakland> ]; darin hat sie eine breite Auswahl von Problemen angesprochen, ohne die US-Kriege und die horrenden Militärausgaben überhaupt zu erwähnen. Ihre einzige Bezugnahme auf die Außenpolitik bestand in vagen Hinweisen auf "demokratische Werte," "autoritäre Systeme" und die "Weiterverbreitung von Atomwaffen", ohne Verweis darauf, dass auch die USA damit Probleme haben. Entweder interessiert sie sich nicht für Außen- und Militärpolitik, oder sie befürchtet in ihrer Heimatstadt im

Herzen des Wahlbezirks der progressiven Abgeordneten Barbara Lee (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Barbara\\_Lee](https://de.wikipedia.org/wiki/Barbara_Lee) ) an dieser gemessen zu werden.

Bisher ist sie vor allem durch die vorbehaltlose Unterstützung Israels in Erscheinung getreten. Auf einer Konferenz des American Israel Public Affairs Committee, abgekürzt AIPAC (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/American\\_Israel\\_Public\\_Affairs\\_Committee](https://de.wikipedia.org/wiki/American_Israel_Public_Affairs_Committee) ), im Jahr 2017 hat sie erklärt: "Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um eine breite Unterstützung der beiden großen Parteien für die Sicherheit Israels und sein Recht auf Selbstverteidigung zu gewährleisten." [s. <http://www.policyconference.org/article/transcripts/2017/harris.asp> ] Wie weit sie in ihrer Unterstützung für Israel zu gehen bereit ist, wurde sichtbar, als sie die Entscheidung des Präsidenten Obama, die Resolution des UN-Sicherheitsrates gegen die illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten auch im Namen der USA zu unterstützen, als "schamlosen Verstoß" gegen das Völkerrecht verurteilte. Mit Senator Cory Booker (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Cory\\_Booker](https://de.wikipedia.org/wiki/Cory_Booker) ) und Senatorin Amy Klobuchar (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Amy\\_Klobuchar](https://de.wikipedia.org/wiki/Amy_Klobuchar) ) gehörte sie zu den 30 demokratischen und 47 republikanischen Senatoren, die wegen dieser Resolution die Zahlungen der USA an die Vereinten Nationen einstellen wollten [s. <https://thehill.com/blogs/floor-action/senate/313994-cruz-graham-offer-bill-to-cut-off-funding-to-un-over-israel-vote> ].

Weil Basisbewegungen dazu aufgefordert haben, der AIPAC-Konferenz 2019 fernzubleiben, will Frau Harris, wie die meisten anderen demokratischen Präsidentschaftskandidaten nicht auf dieser Konferenz reden. Sie unterstützt auch den Wiedereinstieg in das Atomabkommen mit dem Iran.

In ihrer kurzen Zeit im Senat hat Frau Harris 6 von 8 Militärbudgets zugestimmt [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ], aber auch den Sanders-Antrag zum Rückzug aus dem Krieg im Jemen unterstützt. Obwohl sie sich 2018 nicht zur Wiederwahl in den Senat stellen musste, hat sie trotzdem Spenden in Höhe von 26.424 Dollar von der Rüstungsindustrie erhalten [s. dazu auch <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00036915&cycle=2018&type=C> ].

## Kirsten Gillibrand

Nach Senator Sanders hat die Senatorin Kirsten Gillibrand (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Kirsten\\_Gillibrand](https://de.wikipedia.org/wiki/Kirsten_Gillibrand) ) die zweitbeste Abstimmungsrate in Bezug auf die Militärausgaben [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ]; sie hat gegen 47 Prozent aller Militärbudgets



Foto: Wikipedia

seit 2013 gestimmt. Bei Abstimmungen über allgemeine Fragen zu Krieg oder Frieden liegt ihre Positivbilanz bei 80 Prozent [s. <http://thescore.peaceactionwest.org/votes/sen-kirsten-gillibrand> ]; wenn es um den Iran ging, hat sie aber in den Jahren 2011 bis 2013 – wie Sanders – öfter die Kriegstreiber unterstützt.

Auf ihrer Kampagnen-Website finden sich keine Aussagen zu den den Kriegen und Militärausgaben der USA, obwohl sie dem Verteidigungsausschuss des Senates angehört. Für ihre Kampagne zur Wiederwahl in den Senat im Jahr 2018 hat sie von der Rüstungsindustrie Spenden in Höhe von 104.685 Dollar erhalten, mehr als jedes andere Senatsmitglied, das sich um die Präsidentschaft bewirbt [weitere Infos dazu unter <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00027658&cycle=2018&type=C> ].

Frau Gillibrand hat den Sanders-Antrag zum Rückzug aus dem Krieg im Jemen von Anfang an unterstützt und fordert seit 2011 den Abzug aller US-Truppen aus Afghanistan. Damals hat sie gemeinsam mit der ehemaligen Senatorin Barbara Boxer (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Barbara\\_Boxer](https://de.wikipedia.org/wiki/Barbara_Boxer) ) einen Brief an Außenministerin Hillary Clinton und Verteidigungsminister Robert Gates geschrieben und den Abzug aller US-Truppen aus Afghanistan bis spätestens 2014 verlangt [s. <https://electwomen.com/2011/03/sen-kirsten-gillibrand-presses-for-clear-withdrawal-plan-from-afghanistan/> ].

Frau Gillibrand hat den 2017 vorgelegten Gesetzentwurf, mit dem Boykottmaßnahmen gegen Israel kriminalisiert werden sollten, zunächst unterstützt, sich aber später davon distanziert, weil Basisgruppen und die American Civil Liberties Union, abgekürzt ACLU (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/American\\_Civil\\_Liberties\\_Union](https://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) ), gegen den Gesetzentwurf protestiert haben, und 2019 hat sie eine Vorlage ähnlichen Inhalts abgelehnt. Sie hat sich lobend über Trumps Annäherung an Nordkorea geäußert. Ursprünglich zu den (konservativen) Blue Dog Democrats (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Blue\\_Dog\\_Coalition](https://de.wikipedia.org/wiki/Blue_Dog_Coalition) ) im ländlichen Hinterland New Yorks gehörend, ist sie als Senatorin für den Staat New York und jetzt als Präsidentschaftskandidatin etwas liberaler geworden.

## Cory Booker



Foto: Wikipedia

Senator Cory Booker (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Cory\\_Booker](https://de.wikipedia.org/wiki/Cory_Booker) ) hat im Senat für 16 von 19 Militärhaushalten gestimmt [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ]. Er beschreibt sich auch als "treuen Verfechter sehr enger Beziehungen zu Israel," und hat 2016 die gegen die israelische Siedlungspolitik gerichtete UN-Resolution verurteilt. Im Dezember 2013 hat er den Gesetzentwurf zur Verhängung neuer Sanktionen gegen den Iran mit eingebracht, 2015 aber für das Atomabkommen mit dem Iran gestimmt.

Wie Frau Warren gehört auch Booker zu den fünf ersten Unterstützern des Sanders-Antrages zum Ausstieg aus dem Krieg im Jemen, sein Abstimmungsverhalten stimmt zu 86 Prozent mit den Empfehlungen von Peace Action überein [s. <http://thescore.peaceactionwest.org/votes/sen-cory-booker> ]. Obwohl er dem Auswärtigen Ausschuss des Senates angehört, hat er noch nicht öffentlich zu den US-Kriegen und den enormen Militärausgaben Stellung bezogen. Er hat 84 Prozent der Militärhaushalte zugestimmt und alle Kürzungsvorschläge abgelehnt. Obwohl er 2018 noch nicht zur Wiederwahl in den Senat anstand, hat er von der Rüstungsindustrie 50.078 Dollar Spenden erhalten [s. <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00035267&cycle=2018&type=C> ].

## Amy Klobuchar



Foto: Wikipedia

stellen möchte, dass sich – wie in Libyen – auch US-Verbündete daran beteiligen.

Senatorin Klobuchar (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Amy\\_Klobuchar](https://de.wikipedia.org/wiki/Amy_Klobuchar) ) ist die demokratische Präsidentschaftskandidatin, die ganz offensichtlich zu den Falken gehört. Seit 2013 hat sie nur einem Militärhaushalt nicht zugestimmt, also 95 Prozent gebilligt [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ]. Ihr Abstimmungsverhalten stimmt nur zu 69 Prozent mit den Empfehlungen von Peace Action überein [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ]; das ist der niedrigste Wert aller Senatsmitglieder, die sich um die Präsidentschaftskandidatur bewerben. Frau Klobuchar hat 2011 das Unternehmen Regime Change der USA und der NATO in Libyen unterstützt, und aus ihren öffentlichen Erklärungen geht hervor, dass sie nichts gegen US-Militärinterventionen hat, sondern nur sicherstellen möchte, dass sich – wie in Libyen – auch US-Verbündete daran beteiligen.

Im Januar 2019 war Frau Klobuchar die einzige Präsidentschaftskandidatin, die sich für den Gesetzentwurf S. 1 (s. <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/senate-bill/1> ) einsetzte, der die Fortsetzung der Militärhilfe für Israel, die Ablehnung aller Boykott-Maßnahmen gegen Israel und die Verhängung von Sanktionen und Investitionsstopps gegen alle Staaten und Firmen vorsah, die Boykott-Maßnahmen gegen Israel unterstützen. Sie ist die einzige demokratische Präsidentschaftskandidatin im Senat, die 2018 den Sanders-Antrag zum Ausstieg aus dem Krieg im Jemen nicht unterstützt, 2019 aber trotzdem dafür gestimmt hat. Ihre Wiederwahlkampagne 2018 hat die Rüstungsindustrie mit 17.704 Dollar unterstützt [s. dazu auch <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00027500&cycle=2018&type=C> ].

## Beto O'Rourke



Foto: Wikipedia

die Reduzierung der US-Truppen in Europa und zweimal gegen die Begrenzung geheimer Navy-Budgets votiert. O'Rourke gehörte dem Verteidigungsausschuss des Repräsentantenhauses an und hat für die Kampagne, die ihm 2018 zu einem Sitz im Senat verhelfen sollte, 111.210 Dollar von der Rüstungsindustrie erhalten [s. dazu auch <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00033540&cycle=2018&type=C> ], mehr als jeder andere demokratische Präsidentschaftskandidat.

Der ehemalige Repräsentantenhaus-Abgeordnete (bei der Senatswahl 2018 nur knapp gescheiterte) Beto O'Rourke (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Beto\\_O%E2%80%99Rourke](https://de.wikipedia.org/wiki/Beto_O%E2%80%99Rourke) ) hat seit 2013 rund 69 Prozent der Militärhaushalte – es waren 20 von 29 – mitbeschlossen [s. <https://fas.org/sgp/crs/natsec/98-756.pdf> ]. Sein Abstimmungsverhalten stimmt nur zu 84 Prozent mit den Empfehlungen von Peace Action überein [s. <http://thescore.peaceaction-west.org/votes/rep-beto-orourke> ]. Mehrfach hat er Kürzungen von Militärbudgets abgelehnt. Wie Frau Gabbard hat er 2015 für die Beschaffung eines 11. Flugzeugträgers und 2016 gegen die Kürzung des Militärhaushaltes um 1 Prozent gestimmt. 2013 hat er gegen

Trotz seines offensichtlichen Verständnisses für die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes, der viele Produktionsstätten in Texas hat, ist O'Rourke in seiner Senats- und in seiner Präsidentschaftskampagne bisher nicht durch einschlägige Initiativen in Erscheinung getreten, was den Verdacht aufkommen lässt, dass er seine guten Kontakte zur Rüstungsindustrie herunterspielen möchte. Er gehörte bisher zur konzernnahen New Democratic Coalition (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/New\\_Democrat\\_Coalition](https://de.wikipedia.org/wiki/New_Democrat_Coalition) ), die Progressive für ein Werkzeug der Plutokraten und der Konzerne halten.



## John Delaney



Foto: Wikipedia

O'Rourke und Jay Inslee, der Gouverneur des Bundesstaates Washington ist, gehört er zur New Democratic Coalition.

John Delaney (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/John\\_K.\\_Delaney](https://de.wikipedia.org/wiki/John_K._Delaney) ), der bis zum 3. Januar 2018 Abgeordneter des Repräsentantenhauses war, gehört wie Senatorin Klobuchar unverkennbar zu den Falken. Seit 2013 hat er für 25 von 28 Militärhaushalten gestimmt [s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Jay\\_Inslee](https://de.wikipedia.org/wiki/Jay_Inslee) ], und sein Abstimmungsverhalten stimmt nur zu 53 Prozent mit den Empfehlungen von Peace Action überein [s. <http://thescore.peaceactionwest.org/votes/rep-john-delaney> ]. Vor seiner letzten Wahl ins Repräsentantenhaus hat er von der Rüstungsindustrie eine Spende von 23.500 Dollar erhalten [s. unter <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00033897&cycle=2016&type=C> ]. Wie

## Jay Inslee



Foto: Wikipedia

Rüstungsindustrie erhalten [s. <https://www.opensecrets.org/members-of-congress/industries?cid=N00001725&cycle=2010&type=C> ]. Als Präsidentschaftskandidat konzentriert sich Inslee vor allem auf die Folgen des Klimawandels; auf seiner Website geht er bisher nicht auf außen- oder militärpolitische Themen ein.

Jay Inslee (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Jay\\_Inslee](https://de.wikipedia.org/wiki/Jay_Inslee) ), der Gouverneur des Staates Washington, war von 1993 bis 1995 und von 1999 bis 2012 Abgeordneter des Repräsentantenhauses und ein entschiedener Gegner der Kriege gegen den Irak. Er wollte (Bushs) Justizminister Alberto Gonzales (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Alberto\\_R.\\_Gonzales](https://de.wikipedia.org/wiki/Alberto_R._Gonzales) ) aus dem Amt entfernen lassen, weil der die Folterung irakischer Gefangener genehmigt hatte. Wie O'Rourke und Delaney gehörte Inslee zur konzernnahen New Democratic Coalition, hat sich aber auch entschieden für Maßnahmen gegen den Klimawandel eingesetzt. In seiner Kampagne zur Wiederwahl im Jahr 2010 hat er Spenden in Höhe von 27.250 Dollar von der

## Marianne Williamson und Andrew Yang



Foto: Wikipedia



Foto: Wikipedia

machten sich die USA nur immer neue Feinde, und die riesigen Militärausgaben füllten nur die Taschen des militärisch-industriellen Komplexes." Sie schreibt: "Man kann nur in Frieden mit seinen Nachbarn leben, wenn man mit ihnen Frieden schließt." [s. <https://www.-marianne2020.com/issues/national-security> ]

Diese beiden Kandidaten waren bisher nicht politisch aktiv, bringen aber frischen Wind in den Wettstreit der demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Die spirituelle Lehrerin Marianne Williamson (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Marianne\\_Williamson](https://de.wikipedia.org/wiki/Marianne_Williamson) ) sagt: "Die Einstellung unseres Staates zu Sicherheitsfragen ist nicht mehr zeitgemäß. In der Auseinandersetzung mit unseren internationalen Feinden können wir uns nicht nur auf rohe Gewalt verlassen." Mit ihrer militaristischen Außenpolitik

Frau Williamson schlägt vor, in 10 bis 20 Jahren unsere Kriegswirtschaft in eine "Friedenswirtschaft" umzuwandeln. "Das viele Geld (das jetzt für Waffen und Kriege ausgegeben

wird) sollte "in saubere Energie, die Sanierung von Gebäuden und Brücken, in neue Schulen und die Entwicklung grüner Produktionsweisen investiert werden. Es sei Zeit, den Erfindergeist der US-Bürger auf die Erhaltung des Lebens statt auf die Herbeiführung des Todes zu lenken.

Der Unternehmer Andrew Yang (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Andrew\\_Yang](https://de.wikipedia.org/wiki/Andrew_Yang) ) will "die Militärausgaben unter Kontrolle bringen, um es der Regierung schwerer zu machen, ohne klare Zielvorgaben in immer neue Kriege zu schlittern, und die Diplomatie wiederbeleben". Er glaubt, dass ein Großteil der Militärausgaben für "die Abwendung von Bedrohungen verschwendet wird, die schon lange nicht mehr existieren", während "aktuelle Bedrohungen überhaupt nicht wahrgenommen" würden. Dabei übersieht er aber, dass der Militarismus der USA die Hauptbedrohung nicht nur für unsere Nachbarn ist [s. <https://www.yang2020.com/policies/foreign-policy-first-principles/> ].

### Julian Castro, Pete Buttigieg und John Hickenlooper



Foto: Wikipedia



Foto: Wikipedia



Foto: Wikipedia

Weder Julian Castro (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Julian\\_Castro](https://de.wikipedia.org/wiki/Julian_Castro) ), der in der Obama-Regierung Minister für Wohnungsbau- und Stadtentwicklung war, noch Pete Buttigieg (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Pete\\_Buttigieg](https://de.wikipedia.org/wiki/Pete_Buttigieg) ), der Bürgermeister von South Bend in Indiana,

noch John Hickenlooper (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/John\\_Hickenlooper](https://de.wikipedia.org/wiki/John_Hickenlooper) ) der Gouverneur von Colorado, erwähnen auf ihren Websites außen- oder militärpolitische Themen.

### Joe Biden



Foto: Wikipedia

Obwohl der ehemalige Vizepräsident Joe Biden (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Joe\\_Biden](https://de.wikipedia.org/wiki/Joe_Biden) ) seinen Hut noch nicht in den Ring geworfen hat, hebt er in Videos [s. <https://www.youtube.com/watch?v=oZyrF4eUbcY> ] und Reden [s. dazu auch <https://www.politico.com/story/2019/03/20/biden-2020-foreign-policy-national-security-1228345> ] seine außenpolitische Kompetenz hervor. Biden beschäftigt sich mit Außenpolitik, seit er 1972 erstmals in den Senat gewählt wurde und war sogar vier Jahre lang Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senates. Obama hat ihn deshalb zu seinem Vizepräsidenten berufen. Biden beteiligt sich an den Vorwürfen des Parteivorstandes der Demokraten gegen Trump und wirft ihm vor, die globale Führung der USA zu verspielen. Er möchte

die USA wieder zur "unentbehrlichen Führungsmacht der freien Welt" machen.

Biden präsentiert sich als Pragmatiker und behauptet, gegen den Vietnamkrieg gewesen zu sein – nicht aus moralischen Gründen, sondern weil er ihn für nicht gewinnbar hielt. Zunächst unterstützte er den Regime-Change-Versuch in Afghanistan; als der nicht funktionierte, änderte er aber seine Meinung: Das US-Militär solle nur Al-Qaida auslöschen und dann abziehen. Vizepräsident Biden war der einzige in Obamas Kabinett, der dessen Eskalation des Afghanistan-Krieges im Jahr 2009 ablehnte [s. <https://www.newsweek.com/joe-biden-white-house-truth-teller-81181> ].

Beim Überfall auf den Irak gehörte er jedoch zu den Falken. Er unterstütze die Falschmeldungen der US-Geheimdienste, Saddam Hussein verfüge über chemische, biologische und möglicherweise sogar über atomare Waffen und müsse deshalb "eliminiert" werden. Später nannte er seine Zustimmung zur Irak-Invasion im Jahr 2003 "einen Fehler" [s. <http://www.freerepublic.com/focus/news/2066638/posts> ].

Biden ist ein überzeugter Zionist und hat erklärt, die Unterstützung der Demokraten für Israel sei nicht nur eine Sache des Herzens, sondern auch der Vernunft und fast "genetisch vorbestimmt".

Bei einem Problem liegt er jedoch nicht auf der Linie der gegenwärtigen israelischen Regierung – in Bezug auf den Iran. Dazu hat Biden geschrieben: "Ein Krieg gegen den Iran wäre nicht nur eine Fehlentscheidung, er würde zum Desaster." Er hat auch Obamas Beitritt zum Atomabkommen mit dem Iran begrüßt, und würde diesem Abkommen vermutlich wieder beitreten, falls er Präsident würde.

Biden redet zwar gern über Diplomatie, schätzt aber auch die North Atlantic Treaty Organization, also die NATO, sehr – mit der Begründung: "Wenn wir kämpfen müssen, sind wir wenigstens nicht allein." Dabei ignoriert er, dass sich die NATO, weil ihr mit dem Ende des Kalten Krieges ihr Gründungsgrund abhanden gekommen ist, seit den 1990er Jahren global ausgeweitet und damit einen neuen Kalten Krieg mit Russland und China vom Zaun gebrochen hat.

Obwohl Biden Lippenbekenntnisse zum Völkerrecht und zur Diplomatie ablegt, hat er gemeinsam mit McCain die Kosovo-Resolution initiiert, mit der die US-Regierung 1999 ermächtigt wurde, den NATO-Überfall auf Jugoslawien und die Invasion des Kosovo in Gang zu setzen. Das war der erste größere Krieg, mit dem sich die USA und die NATO über die Charta der Vereinten Nationen hinwegsetzt und einen Präzedenzfall für alle seit den 9/11-Anschlägen angezettelten Kriege geschaffen haben.

Wie viele andere konzernhörige Demokraten hat Biden den gefährlichen und zerstörerischen Kurs mitgetragen, mit dem republikanische und demokratische Regierungen in den letzten 20 Jahren große Teile der Welt ins Chaos gestürzt haben – als Vizepräsident Obamas war er sogar maßgeblich daran beteiligt.

Biden könnte sich zu geringen Kürzungen des Pentagon-Budgets durchringen, wird sich aber nicht ernsthaft mit dem militärisch-industriellen Komplex anlegen, dem er so lange treu gedient hat. Er weiß aus erster Hand, was Kriege anrichten können, denn sein Sohn ist an einem Hirntumor gestorben, der vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass er sich im Kosovo und im Irak zu lange in der Nähe von Müllkippen aufgehalten hat, auf denen krebserregende militärische Abfälle verbrannt wurden. Das könnte dazu beitragen, dass Biden länger nachdenkt, bevor er einen neuen Krieg anfängt.

Seine lange Zusammenarbeit mit dem militärisch-industriellen Komplex und seine Teilhabe an der militaristischen US-Außenpolitik könnten aber auch bewirken, dass er seine persönliche Betroffenheit zurückstellt, wenn er sich als gewählter Präsident für Krieg oder Frieden entscheiden müsste. (Weil Biden neuerdings sexuelle Übergriffe vorgeworfen werden – wie zum Beispiel unter [https://www.thecut.com/2019/03/an-awkward-kiss-changed-how-i-saw-joe-biden.html?te=1&nl=politics&emc=edit\\_cn\\_20190401](https://www.thecut.com/2019/03/an-awkward-kiss-changed-how-i-saw-joe-biden.html?te=1&nl=politics&emc=edit_cn_20190401) nachzulesen ist – wird er vermutlich auf eine Präsidentschaftskandidatur verzichten.)

## **Schlussfolgerungen**

Die USA befinden sich seit mehr als 17 Jahren im Krieg und geben den größten Teil ihrer Steuereinnahmen für ihre Kriege, ihre Streitkräfte, die sie führen, und Waffen aus. Es wäre

töricht, zu glauben, dass Präsidentschaftskandidaten, die sich nicht zu dieser Problematik äußern, plötzlich alle Kriege beenden und das viele Geld sinnvoller verwenden würden, wenn sie ins Weiße Haus einzögen. Uns stört besonders, dass Frau Gillibrand und Herr O'Rourke, die beiden Kandidaten, die für ihre Wahlkampagnen im Jahr 2018 die höchsten Spenden von der Rüstungsindustrie bekommen haben, zu diesen wichtigen Fragen schweigen.

Aber auch die Kandidaten, die versprechen, die militaristische Politik der USA ändern zu wollen, lassen wichtige Fragen unbeantwortet. Niemand hat gesagt, wie stark das völlig überhöhte Militärbudget reduziert werden müsste, das die endlosen Kriege nicht nur möglich, sondern unvermeidlich macht.

Als der Kalte Krieg 1989 zu enden schien, erklärten der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Robert\\_McNamara](https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_McNamara) ) und der Verteidigungsexperte Larry Korb (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Lawrence\\_Korb](https://en.wikipedia.org/wiki/Lawrence_Korb) ) vor dem Haushaltsausschuss des Senates, das US-Militärbudget könne im Lauf der nächsten 10 Jahre um mindestens 50 Prozent gekürzt werden. Das ist offensichtlich nicht geschehen, denn unter Bush II, Obama und Trump sind die Militärausgaben stärker gestiegen als während des Wettrüstens im Kalten Krieg.

2010 hat die aus Barney Frank (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Barney\\_Frank](https://de.wikipedia.org/wiki/Barney_Frank) ) und drei weiteren Mitgliedern beider Parteien bestehende Sustainable Defense Task Force (s. [https://keywiki.org/The\\_Sustainable\\_Defense\\_Task\\_Force](https://keywiki.org/The_Sustainable_Defense_Task_Force) ) empfohlen, die Militärausgaben um 25 Prozent zu beschneiden. Die Green Party hat sogar eine 50-prozentige Kürzung gefordert. Das klingt radikal, wegen der inflationsbereinigten Zahlen wären die Militärausgaben dann trotzdem immer noch höher, als der Betrag, den MacNamara und Korb 1989 für ausreichend gehalten haben.

Kampagnen vor Präsidentschaftswahlen sind besonders zum Vorbringen solcher Forderungen geeignet. Wir begrüßen den mutigen Auftritt Tulsi Gabbards, die es gewagt hat, die Themen Krieg und Militarismus ins Zentrum ihrer Kampagne zu stellen. Wir bedanken uns bei Sanders dafür, dass er Jahr für Jahr gegen den obszön aufgeblähten Militärhaushalt stimmt und den militärisch-industriellen Komplex als eine der mächtigsten Interessengruppen anprangert und ihn politisch bekämpfen will. Wir freuen uns darüber, dass Frau Warren "den wachsenden Einfluss privater Sicherheitsfirmen auf die US-Militärpolitik verurteilt". Und wir begrüßen Frau Williamson, Herrn Yang und alle anderen, die zu dieser wichtigen Debatte beitragen.

Die Diskussion über Krieg und Frieden muss aber noch mehr Raum in dieser Kampagne einnehmen, und alle Kandidaten müssen sich klarer als bisher dazu äußern. Der Teufelskreis aus immer neuen US-Kriegen, wachsendem Militarismus und ständig steigenden Militärausgaben trocknet die USA finanziell aus, verschlingt das Geld, das für wichtigere Aufgaben gebraucht wird, und untergräbt die internationale Zusammenarbeit bei der Abwendung existenzieller Bedrohungen – der Klimakatastrophe und der nur schwer aufzuhaltenden Weiterverbreitung von Atomwaffen, was kein Land allein schaffen kann.

Wir fordern diese Debatte auch im Namen der Millionen Menschen, die in den Kriegen der USA getötet wurden, denn wir wollen, dass dieses Morden endlich aufhört. Wenn Sie andere Prioritäten haben, verstehen und respektieren wir das. Aber wenn wir den Militarismus, der unser Land aussaugt, nicht stoppen, können wir auch kein einziges der schwierigen anderen Probleme lösen, mit denen sich die USA und die Welt im 21. Jahrhundert konfrontiert sehen.

(Wir haben diesen sehr informativen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und zusätzlichen Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern haben die Autoren selbst eingefügt. Infos über sie sind nachzulesen unter <https://www.laprogressive.com/author/medea-benjamin-and-nicolas-j-s-davies/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

---



## Here's How the 2020 Candidates Stack Up on War and Peace

By Medea Benjamin & Nicolas J.S. Davies,  
Published March 27, 2019

Forty-five years after Congress passed the War Powers Act in the wake of the Vietnam War, it has finally used it for the first time, to try to end the U.S.-Saudi war on the people of Yemen and to recover its constitutional authority over questions of war and peace. This hasn't stopped the war yet, and President Trump has threatened to veto the bill. But its passage in Congress, and the debate it has spawned, could be an important first step on a tortuous path to a less militarized U.S. foreign policy in Yemen and beyond.

While the United States has been involved in wars throughout much of its history, since the 9/11 attacks, the U.S. military has been engaged in a series of wars that have dragged on for almost two decades. Many refer to them as "endless wars." One of the basic lessons we have all learned from this is that it is easier to start wars than to stop them. So, even as we have come to see this state of war as a kind of "new normal," the U.S. public is wiser, calling for less military intervention and more congressional oversight.

The rest of the world is wiser about our wars, too. Take the case of Venezuela, where the Trump administration insists that the military option is "on the table." While some of Venezuela's neighbors are collaborating with U.S. efforts to overthrow the Venezuelan government, none are offering their own armed forces.

The same applies in other regional crises. Iraq is refusing to serve as a staging area for a U.S.-Israeli-Saudi war on Iran. The U.S.'s traditional Western allies oppose Trump's unilateral withdrawal from the Iran nuclear agreement and want peaceful engagement, not war, with Iran. South Korea is committed to a peace process with North Korea, despite the erratic nature of Trump's negotiations with North Korea's Chairman Kim Jong-un.

So what hope is there that one of the parade of Democrats seeking the presidency in 2020 could be a real peace candidate? Could one of them bring an end to these wars and prevent new ones? Walk back the brewing Cold War and arms race with Russia and China? Downsize the U.S. military and its all-consuming budget? Promote diplomacy and a commitment to international law?

Ever since the Bush/Cheney administration launched the present-day "long wars," new presidents from both parties have dangled superficial appeals to peace during their election campaigns. But neither Obama nor Trump has seriously tried to end our "endless" wars or rein in our runaway military spending.

Obama's opposition to the Iraq war and vague promises for a new direction were enough to win him the presidency and the Nobel Peace Prize, but not to bring us peace. In the

end, he spent more on the military than Bush and dropped more bombs on more countries, including a tenfold increase in CIA drone strikes. Obama's main innovation was a doctrine of covert and proxy wars that reduced U.S. casualties and muted domestic opposition to war, but brought new violence and chaos to Libya, Syria and Yemen. Obama's escalation in Afghanistan, the fabled "graveyard of empires," turned that war into the longest U.S. war since the U.S. conquest of Native America (1783-1924).

Trump's election was also boosted by false promises of peace, with recent war veterans delivering critical votes in the swing states of Pennsylvania, Michigan and Wisconsin. But Trump quickly surrounded himself with generals and neocons, escalated the wars in Iraq, Syria, Somalia and Afghanistan, and has fully backed the Saudi-led war in Yemen. His hawkish advisers have so far ensured that any U.S. steps toward peace in Syria, Afghanistan or Korea remain symbolic, while U.S. efforts to destabilize Iran and Venezuela threaten the world with new wars. Trump's complaint, "We don't win any more," echoes through his presidency, ominously suggesting that he's still looking for a war he can "win."

While we can't guarantee that candidates will stick to their campaign promises, it is important to look at this new crop of presidential candidates and examine their views — and, when possible, voting records — on issues of war and peace. What prospects for peace might each of them bring to the White House?

### **Bernie Sanders**

Senator Sanders has the best voting record of any candidate on war and peace issues, especially on military spending. Opposing the oversized Pentagon budget, he has only voted for three out of 19 military spending bills since 2013. By this measure, no other candidate comes close, including Rep. Tulsi Gabbard. In other votes on war and peace, Sanders voted as requested by Peace Action 84 percent of the time from 2011 to 2016, despite some hawkish votes on Iran from 2011-2013.

One major contradiction in Sanders's opposition to out-of-control military spending has been his support for the world's most expensive and wasteful weapon system: the trillion-dollar F-35 fighter jet. Not only did Sanders support the F-35, he pushed — despite local opposition — to get these fighter jets stationed at the Burlington airport for the Vermont National Guard.

In terms of stopping the war in Yemen, Sanders has been a hero. Over the past year, he and Senators Chris Murphy and Mike Lee have led a sustained effort to shepherd his historic War Powers bill on Yemen through the Senate. Rep. Ro Khanna, whom Sanders has chosen as one of his four campaign co-chairs, has led the parallel effort in the House.

Sanders's 2016 campaign highlighted his popular domestic proposals for universal health care and social and economic justice, but was criticized as light on foreign policy. Beyond chiding Hillary Clinton for being "too much into regime change," he seemed reluctant to debate her on foreign policy, despite her hawkish record. By contrast, during his current presidential run, he regularly includes the military-industrial complex among the entrenched interests his political revolution is confronting, and his voting record backs up his rhetoric.

Sanders supports U.S. withdrawals from Afghanistan and Syria and opposes U.S. threats of war against Venezuela. But his rhetoric on foreign policy sometimes demonizes foreign leaders in ways that unwittingly lend support to the "regime change" policies he opposes — as when he joined a chorus of U.S. politicians labeling Col. Muammar Gaddafi of Libya a "thug and a murderer," shortly before U.S.-backed thugs actually murdered Gaddafi.

OpenSecrets shows Sanders taking in over \$366,000 from the “defense industry” during his 2016 presidential campaign, but only \$17,134 for his 2018 Senate re-election campaign.

So our question on Sanders is, “Which Bernie would we see in the White House?” Would it be the one who has the clarity and courage to vote “No” on 84 percent of military spending bills in the Senate, or the one who supports military boondoggles like the F-35 and can’t resist repeating inflammatory smears of foreign leaders? It is vital that Sanders should appoint genuinely progressive foreign policy advisers to his campaign, and then to his administration, to complement his own greater experience and interest in domestic policy.

### **Tulsi Gabbard**

While most candidates shy away from foreign policy, Representative Gabbard has made foreign policy — particularly ending war — the centerpiece of her campaign.

She was truly impressive in her March 10 CNN Town Hall, talking more honestly about U.S. wars than any other presidential candidate in recent history. Gabbard promises to end senseless wars like the one she witnessed as a National Guard officer in Iraq. She unequivocally states her opposition to U.S. “regime change” interventions, as well as the New Cold War and arms race with Russia, and supports rejoining the Iran nuclear deal. She was also an original cosponsor of Representative Khanna’s Yemen War Powers bill.

But Gabbard’s actual voting record on war and peace issues, especially on military spending, is not nearly as dovish as Sanders’s. She voted for 19 of 29 military spending bills in the past six years, and she has only a 51 percent Peace Action voting record. Many of the votes that Peace Action counted against her were votes to fully fund controversial new weapons systems, including nuclear-tipped cruise missiles (in 2014, 2015 and 2016); an 11th U.S. aircraft-carrier (in 2013 and 2015); and various parts of Obama’s anti-ballistic missile program, which fueled the New Cold War and arms race she now decries.

Gabbard voted at least twice (in 2015 and 2016) not to repeal the much-abused 2001 Authorization for the Use of Military Force, and she voted three times not to limit the use of Pentagon slush funds. In 2016, she voted against an amendment to cut the military budget by just 1 percent. Gabbard received \$8,192 in “defense” industry contributions for her 2018 re-election campaign.

Gabbard still believes in a militarized approach to counterterrorism, despite studies showing that this feeds a self-perpetuating cycle of violence on both sides.

She is still in the military herself and embraces what she calls a “military mindset.” She ended her CNN Town Hall by saying that being commander-in-chief is the most important part of being president. As with Sanders, we have to ask, “Which Tulsi would we see in the White House?” Would it be the major with the military mindset, who cannot bring herself to deprive her military colleagues of new weapons systems or even a 1 percent cut from the trillions of dollars in military spending she has voted for? Or would it be the veteran who has seen the horrors of war and is determined to bring the troops home and never again send them off to kill and be killed in endless regime change wars.

### **Elizabeth Warren**

Sen. Elizabeth Warren made her reputation with her bold challenges of our nation’s economic inequality and corporate greed, and has slowly started to stake out her foreign policy

positions. Her campaign website says that she supports “cutting our bloated defense budget and ending the stranglehold of defense contractors on our military policy.” But, like Gabbard, she has voted to approve over two-thirds of the “bloated” military spending bills that have come before her in the Senate.

Her website also says, “It’s time to bring the troops home,” and that she supports “reinvesting in diplomacy.” She has come out in favor of the U.S. rejoining the Iran nuclear agreement and has also proposed legislation that would prevent the United States from using nuclear weapons as a first-strike option, saying she wants to “reduce the chances of a nuclear miscalculation.”

Her Peace Action voting record exactly matches Sanders’s for the shorter time she has sat in the Senate, and she was one of the first five Senators to cosponsor his Yemen War Powers bill in March 2018. Senator Warren took in \$34,729 in “defense” industry contributions for her 2018 Senate re-election campaign.

With regards to Israel, the senator angered many of her liberal constituents when, in 2014, she supported Israel’s invasion of Gaza that left more than 2,000 dead, and blamed the civilian casualties on Hamas. She has since taken a more critical position. She opposed a bill to criminalize boycotting Israel and condemned Israel’s use of deadly force against peaceful Gaza protesters in 2018.

Warren is following where Sanders has led on issues from universal health care to challenging inequality and corporate, plutocratic interests, and she is also following him on Yemen and other war and peace issues. But as with Gabbard, Warren’s votes to approve 68 percent of military spending bills reveal a lack of conviction on tackling the very obstacle she acknowledges: “the stranglehold of defense contractors on our military policy.”

## **Kamala Harris**

Sen. Kamala Harris announced her candidacy for president in a lengthy speech in her native Oakland, California, where she addressed a wide range of issues, but failed to mention U.S. wars or military spending at all. Her only reference to foreign policy was a vague statement about “democratic values,” “authoritarianism” and “nuclear proliferation,” with no hint that the U.S. has contributed to any of those problems. Either she’s not interested in foreign or military policy, or she’s afraid to talk about her positions, especially in her hometown in the heart of Rep. Barbara Lee’s progressive congressional district.

One issue Senator Harris has been vocal about in other settings is her unconditional support for Israel. She told an American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) conference in 2017, “I will do everything in my power to ensure broad and bipartisan support for Israel’s security and right to self-defense.” She demonstrated how far she would take that support for Israel when President Obama finally allowed the U.S. to join a UN Security Council resolution condemning illegal Israeli settlements in occupied Palestine as a “flagrant violation” of international law. Harris, Sen. Cory Booker and Sen. Amy Klobuchar were among 30 Democratic (and 47 Republican) senators who cosponsored a bill to withhold U.S. dues to the UN over the resolution.

Faced with grassroots pressure to #SkipAIPAC in 2019, Harris did join most of the other presidential candidates who chose not to speak at AIPAC’s 2019 gathering. She also supports rejoining the Iran nuclear agreement.

In her short time in the Senate, Harris has voted for six out of eight military spending bills, but she did cosponsor and vote for Sanders’s Yemen War Powers bill. Harris was not up



for re-election in 2018, but took in \$26,424 in “defense” industry contributions in the 2018 election cycle.

### **Kirsten Gillibrand**

After Senator Sanders, Sen. Kirsten Gillibrand has the second-best record on opposing runaway military spending, voting against 47 percent of military spending bills since 2013. Her Peace Action voting record is 80 percent, reduced mainly by the same hawkish votes on Iran as Sanders from 2011 to 2013. There is nothing on Senator Gillibrand’s campaign website about wars or military spending, despite serving on the Armed Services Committee. She took in \$104,685 in “defense” industry contributions for her 2018 re-election campaign, more than any other senator running for president.

Gillibrand was an early cosponsor of Sanders’s Yemen War Powers bill. She has also supported a full withdrawal from Afghanistan since at least 2011, when she worked on a withdrawal bill with then Sen. Barbara Boxer and wrote a letter to State Department Secretaries Robert Gates and Clinton, asking for a firm commitment that U.S. troops would be out “no later than 2014.”

Gillibrand cosponsored the Anti-Israel Boycott Act in 2017 but later withdrew her cosponsorship when pushed by grassroots opponents and the ACLU, and she voted against S.1, which included similar provisions, in January 2019. She has spoken favorably of Trump’s diplomacy with North Korea. Originally a Blue Dog Democrat from rural upstate New York in the House, she has become more liberal as a senator for New York state and now, as a presidential candidate.

### **Cory Booker**

Sen. Cory Booker has voted for 16 out of 19 military spending bills in the Senate. He also describes himself as a “staunch advocate for a strengthened relationship with Israel,” and he cosponsored the Senate bill condemning the UN Security Council resolution against Israeli settlements in 2016. He was an original cosponsor of a bill to impose new sanctions on Iran in December 2013, before eventually voting for the nuclear agreement in 2015.

Like Warren, Booker was one of the first five cosponsors of Sanders’s Yemen War Powers bill, and he has an 86 percent Peace Action voting record. But despite serving on the Foreign Affairs Committee, he has not taken a public position for ending U.S. wars or cutting its record military spending. His record of voting for 84 percent of military spending bills suggests he would not make major cuts. Booker was not up for re-election in 2018, but received \$50,078 in “defense” industry contributions for the 2018 election cycle.

### **Amy Klobuchar**

Senator Klobuchar is the most unapologetic hawk of the senators in the race. She has voted for all but one, or 95 percent, of the military spending bills since 2013. She has only voted as requested by Peace Action 69 percent of the time, the lowest among senators running for president. Klobuchar supported the U.S.-NATO-led regime change war in Libya in 2011, and her public statements suggest that her main condition for the U.S. use of military force anywhere is that U.S. allies also take part, as in Libya.

In January 2019, Klobuchar was the only presidential candidate who voted for S.1, a bill to reauthorize U.S. military aid to Israel that also included an anti-Boycott, Divestment and Sanctions provision to allow U.S. state and local governments to divest from companies

that boycott Israel. She is the only Democratic presidential candidate in the Senate who did not cosponsor Sanders's Yemen War Powers bill in 2018, but she did cosponsor and vote for it in 2019. Klobuchar received \$17,704 in "defense" industry contributions for her 2018 re-election campaign.

### **Beto O'Rourke**

Former Rep. Beto O'Rourke voted for 20 out of 29 military spending bills (69 percent) since 2013, and had an 84 percent Peace Action voting record. Most of the votes Peace Action counted against him were votes opposing specific cuts in the military budget. Like Gabbard, he voted for an 11th aircraft carrier in 2015, and against an overall 1 percent cut in the military budget in 2016. He voted against reducing the number of U.S. troops in Europe in 2013 and he twice voted against placing limits on a Navy slush fund. O'Rourke was a member of the House Armed Services Committee, and he took in \$111,210 from the "defense" industry for his Senate campaign, more than any other Democratic presidential candidate.

Despite an obvious affinity with military-industrial interests, of which there are many throughout Texas, O'Rourke has not highlighted foreign or military policy in his Senate or presidential campaigns, suggesting that this is something he would like to downplay. In Congress, he was a member of the corporate New Democrat Coalition that progressives see as a tool of plutocratic and corporate interests.

### **John Delaney**

Former Rep. John Delaney provides an alternative to Senator Klobuchar at the hawkish end of the spectrum, after voting for 25 out of 28 military spending bills since 2013, and earning a 53 percent Peace Action voting record. He took in \$23,500 from "defense" interests for his last congressional campaign, and, like O'Rourke and Washington State Gov. Jay Inslee, he was a member of the corporate New Democrat Coalition.

### **Jay Inslee**

Inslee, the governor of Washington State, served in Congress from 1993-1995 and from 1999-2012. Governor Inslee was a strong opponent of the U.S. war in Iraq, and introduced a bill to impeach Attorney General Alberto Gonzalez for approving torture by U.S. forces. Like O'Rourke and Delaney, Inslee was a member of the New Democrat Coalition of corporate Democrats, but also a strong voice for action on climate change. In his 2010 re-election campaign, he took in \$27,250 in "defense" industry contributions. Inslee's campaign is very focused on climate change, and his campaign website so far does not mention foreign or military policy at all.

### **Marianne Williamson and Andrew Yang**

These two candidates from outside the world of politics both bring refreshing ideas to the presidential contest. Spiritual teacher Williamson believes, "Our country's way of dealing with security issues is obsolete. We cannot simply rely on brute force to rid ourselves of international enemies." She recognizes that, on the contrary, the U.S. militarized foreign policy creates enemies, and our huge military budget "simply increase(s) the coffers of the military-industrial complex." She writes, "The only way to make peace with your neighbors is to make peace with your neighbors."

Williamson proposes a 10 or 20 year plan to transform our wartime economy into a "peace-time economy." "From massive investment in the development of clean energy, to

the retrofitting of our buildings and bridges, to the building of new schools and the creation of a green manufacturing base,” she writes, “it is time to release this powerful sector of American genius to the work of promoting life instead of death.”

Entrepreneur Andrew Yang promises to “bring our military spending under control,” to “make it harder for the U.S. to get involved in foreign engagements with no clear goal,” and to “reinvest in diplomacy.” He believes that much of the military budget “is focused on defending against threats from decades ago as opposed to the threats of 2020.” But he defines all these problems in terms of foreign “threats” and U.S. military responses to them, failing to recognize that U.S. militarism is itself a serious threat to many of our neighbors.  
Julian Castro, Pete Buttigieg and John Hickenlooper

Neither former Housing and Urban Development Secretary Julian Castro, South Bend, Indiana, Mayor Pete Buttigieg nor Colorado Gov. John Hickenlooper mention foreign or military policy on their campaign websites at all.

## **Joe Biden**

Although former Vice President Joe Biden has yet to throw his hat into the ring, he is already making videos and speeches trying to tout his foreign policy expertise. Biden has been engaged in foreign policy since he won a Senate seat in 1972, eventually chairing the Senate Foreign Relations Committee for four years, and becoming Obama’s vice president. Echoing traditional mainstream Democratic rhetoric, he accuses Trump of abandoning U.S. global leadership and wants to see the U.S. regain its place as the “indispensable leader of the free world.”

Biden presents himself as a pragmatist, saying that he opposed the Vietnam War not because he considered it immoral but because he thought it wouldn’t work. Biden at first endorsed full-scale nation-building in Afghanistan but when he saw it wasn’t working, he changed his mind, arguing that the U.S. military should destroy al-Qaeda and then leave. As vice president, he was a lonely voice in the cabinet opposing Obama’s escalation of the war in 2009.

Regarding Iraq, however, he was a hawk. He repeated false intelligence claims that Saddam Hussein possessed chemical and biological weapons and was seeking nuclear weapons, and therefore was a threat that had to be “eliminated.” He later called his vote for the 2003 invasion a “mistake.”

Biden is a self-described Zionist. He has stated that the Democrats’ support for Israel “comes from our gut, moves through our heart, and ends up in our head. It’s almost genetic.”

There is one issue, however, where he would disagree with the present Israeli government, and that is on Iran. He wrote that “War with Iran is not just a bad option. It would be a disaster,” and he supported Obama’s entry into the Iran nuclear agreement. He would therefore likely support re-entering it if he were president.

While Biden emphasizes diplomacy, he favors the North Atlantic Treaty Organization (NATO) alliance so that “when we have to fight, we are not fighting alone.” He ignores that NATO outlived its original Cold War purpose and has perpetuated and expanded its ambitions on a global scale since the 1990s — and that this has predictably ignited a new Cold War with Russia and China.

Despite paying lip service to international law and diplomacy, Biden sponsored the McCain-Biden Kosovo Resolution, which authorized the U.S. to lead the NATO assault on

Yugoslavia and invasion of Kosovo in 1999. This was the first major war in which the U.S. and NATO used force in violation of the UN Charter in the post-Cold War era, establishing the dangerous precedent that led to all our post-9/11 wars.

Like many other corporate Democrats, Biden champions a misleadingly benign view of the dangerous and destructive role the U.S. has played in the world over the past 20 years, under the Democratic administration in which he served as vice president, as well as under Republican ones.

Biden might support slight cuts in the Pentagon budget, but he is not likely to challenge the military-industrial complex he has served for so long in any significant way. He does, however, know the trauma of war firsthand, connecting his son's exposure to military burn pits while serving in Iraq and Kosovo to his fatal brain cancer, which might make him think twice about launching new wars.

On the other hand, Biden's long experience and skill as an advocate for the military-industrial complex and the U.S.'s militarized foreign policy suggest that those influences might well outweigh even his own personal tragedy if he is elected president and faced with critical choices between war and peace.

## **Conclusion**

The United States has been at war for over 17 years, and we are spending most of our national tax revenues to pay for these wars and the forces and weapons to wage them. It would be foolish to think that presidential candidates who have little or nothing to say about this state of affairs will, out of the blue, come up with a brilliant plan to reverse course once we install them in the White House. It is especially disturbing that Gillibrand and O'Rourke, the two candidates most beholden to the military-industrial complex for campaign funding in 2018, are eerily quiet on these urgent questions.

But even the candidates who are vowing to tackle this crisis of militarism are doing so in ways that leave serious questions unanswered. Not one of them has said how much they would cut the record military budget that makes these wars possible — and thus almost inevitable.

In 1989, at the end of the Cold War, former Pentagon officials Robert McNamara and Larry Korb told the Senate Budget Committee that the U.S. military budget could safely be cut by 50 percent over the next 10 years. That obviously never happened, and our military spending under Bush II, Obama and Trump has outstripped the peak spending of the Cold War arms race.

In 2010, Barney Frank and three colleagues from both parties convened a Sustainable Defense Task Force that recommended a 25 percent cut in military spending. The Green Party has endorsed a 50 percent cut in today's military budget. That sounds radical, but, because inflation-adjusted spending is now higher than in 1989, that would still leave us with a larger military budget than MacNamara and Korb called for in 1989.

Presidential campaigns are key moments for raising these issues. We are greatly encouraged by Gabbard's courageous decision to place solving the crisis of war and militarism at the heart of her presidential campaign. We thank Sanders for voting against the obscenely bloated military budget year after year, and for identifying the military-industrial complex as one of the most powerful interest groups that his political revolution must confront. We applaud Warren for condemning "the stranglehold of defense contractors on our military policy." And we welcome Williamson, Yang and other original voices to this debate.

But we need to hear a much more vigorous debate about war and peace in this campaign, with more specific plans from all the candidates. This vicious cycle of U.S. wars, militarism and runaway military spending drains our resources, corrupts our national priorities and undermines international cooperation, including on the existential dangers of climate change and nuclear weapons proliferation, which no country can solve on its own.

We are calling for this debate most of all because we mourn the millions of people being killed by our country's wars and we want the killing to stop. If you have other priorities, we understand and respect that. But unless and until we address militarism and all the money it sucks out of our national coffers, it may well prove impossible to solve the other very serious problems facing the United States and the world in the 21st century.

<http://www.luftpost-kl.de/>

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**